

ANTIMUSLIMISCHER RASSISMUS – UND WAS TUN?

Herausgegeben von Jürgen Micksch



STIFTUNG
für die Internationalen Wochen
GEGEN RASSISMUS

1. DER ANTIMUSLIMISCHE RASSISMUS NIMMT ZU

Inhalt	
1. Der antimuslimische Rassismus nimmt zu	3
2. Wie kommt es zum antimuslimischen Rassismus?	6
3. Antimuslimischer Rassismus gefährdet die Demokratie	9
4. Kooperationen mit Muslimen	11
5. Die Zivilgesellschaft ist gefordert	13
6. Muslime sind aktiv	17
Nachwort	20
Literaturhinweise	22

In Deutschland, Europa und in den USA nehmen ablehnende Einstellungen gegenüber muslimischen Menschen seit Jahren zu. Daraus entsteht ein Nährboden für den Rechtsextremismus. Rechtspopulistische und rechtsextreme politische Parteien, Bürgerinitiativen und auch Einzelpersonen befürworten antimuslimische Einstellungen und finden dabei Zuspruch in der Bevölkerung. Das wird verstärkt durch den Terrorismus von Kriminellen, die sich auf den Islam berufen. Antimuslimische Einstellungen verbinden sich häufig mit einer Ablehnung von Flüchtlingen, von Demokratie und von Europa. In den Jahren 2015 und 2016 gab es jeweils um die 1.000 Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte. Verbreitet sind Angriffe auf islamische Einrichtungen wie Moscheen sowie Muslime selbst, die von Rechtsextremen und anderen organisiert werden. Menschen werden bedroht und in Gefahr gebracht.

Die zunehmende Ablehnung des Islams in Deutschland gerade in der Mitte der Gesellschaft zeigte die im Januar 2015 publizierte Untersuchung des Religionsmonitors der Bertelsmann Stiftung. Die Studie hat aufgezeigt, dass 57% der deutschen Mehrheitsbevölkerung den Islam als Bedrohung wahrnehmen, 61 % sind der Meinung, der Islam passe nicht in die westliche Welt. In östlichen Regionen Deutschlands, wo kaum Muslime leben, ist die Ablehnung am größten. Seitdem haben diese negativen Einstellungen eher zugenommen. Zudem zeigen die Ergebnisse der Studie, dass Muslime unter einem negativen Image leiden. Dabei belegt die Bertelsmann-Untersuchung zugleich, dass Muslime unabhängig von der Intensität ihres Glaubens dem deutschen Staat und der

Gesellschaft eng verbunden sind. In der persönlichen Begegnung können Vorurteile korrigiert werden, was sich nach der Untersuchung in positiveren Einstellungen junger Menschen zum Islam zeigt. Junge Menschen haben häufiger Kontakt zu Muslimen und sind deutlich offener gegenüber dem Islam.

In den letzten Jahrzehnten gab es immer wieder breite öffentliche Debatten, die ablehnende Einstellungen verstärkt haben: Über den öffentlich hörbaren Gebetsruf (Ezan/Adhan), die Diskussion um antisemitische Einstellungen bei einigen Muslimen, die angebliche Ablehnung des Grundgesetzes, das Kopftuch, vermeintliche »Ehrenmorde«, den Schwimmunterricht, die Scharia als vermeintliche parallele Gesetzesgrundlage, Moscheen als »Gegengesellschaften«, Klassenfahrten, die »Kopftuchmädchen« von Thilo Sarrazin, das Minarett in der Schweiz, die Hasstiraden der Pegida-Gruppen gegen die angebliche Islamisierung des Abendlandes, Anschläge und Gewalt im Namen des Islams, den sogenannten Islamischen Staat (Daesh), die Gefährder und vieles mehr. Die meisten Themen standen im Zentrum öffentlicher Debatten und Aufregungen und sind dann doch einfach wieder verschwunden. Aber geblieben ist die zunehmende Ablehnung von Muslimen. Wohin wird das führen?

Nach all diesen Debatten müsste der Alltag mit Muslimen vor allem durch Konflikte geprägt sein. Es gibt Spannungen und Auseinandersetzungen bis hin zu Anschlägen auf Moscheen. Ursachen dafür sind fehlende Kommunikation, Vorurteile, Missverständnisse, unterschiedliche Interessen bis hin zu rassistischen Einstellungen. Insgesamt ist das alltägliche Miteinander pragmatisch und kann vielfach als gut bezeichnet werden.

Es gibt ein breites Spektrum unterschiedlicher Einstellungen zum Islam und zu Muslimen:

- Die Idealisierung des Islams und der Muslime, bei der Konflikte grundsätzlich in Abrede gestellt werden;
- ein vermeintlich kritisches Interesse gegenüber dem Islam und den Muslimen, das in Vorhaltungen z.B. zur angeblichen Unvereinbarkeit der Grundwerte des Islams mit den Idealen der Menschenrechte zum Ausdruck kommt;
- Ressentiments, die aus Unkenntnis und negativen persönlichen Erfahrungen sowie von offensichtlich tendenziösen Medienberichten herrühren;
- Muslimfeindlichkeit, bei der Muslime herabwürdigend beurteilt werden;
- Antimuslimischer Rassismus, der auf der Vorstellung von Muslimen als homogener Gruppe basiert, der meist negative Eigenschaften zugeordnet werden, mit denen Diskriminierungen gerechtfertigt werden und die Ausdruck eines Dominanzverhältnisses sind.

2. WIE KOMMT ES ZUM ANTI-MUSLIMISCHEN RASSISMUS?

In der Soziologie und Psychologie besteht weitgehend Konsens, dass die eigene Identität dadurch ausgebildet wird, dass ein Gegenüber konstruiert und als »fremd« definiert wird. Hieraus resultieren Ausgrenzungsmechanismen, die Differenzen zwischen »uns« und den »anderen« betonen und vergrößern. Die Ursachen und Motive für ablehnende Einstellungen zu Muslimen sind komplex und vielfältig. Im Folgenden sind einige Faktoren zusammengestellt. Die Reihenfolge enthält keine Gewichtung. Fast jede einzelne Ursache wiegt für sich schwer.

1. Geschichtliche Belastungen: Muslimfeindliche Einstellungen haben sich seit den Kreuzzügen, den »Türken vor Wien« bis in die Zeit des Kolonialismus verdichtet. Das europäische Selbstverständnis wurde dadurch seit Jahrhunderten geprägt. Nach dem Antikommunismus haben muslimfeindliche Einstellungen nun verstärkt eine identitätsstiftende Funktion.

2. Politik: Insbesondere im Zusammenhang mit Wahlkämpfen gibt es politische Kampagnen, die mit populistischen Unterstellungen agieren und sich an unterschiedlichen Themen festmachen: Kopftuch, Scharia, Schächten, Konvertiten, eine angeblich religiös sanktionierte Erlaubnis zur Täuschung (Taqiyya), vermeintliche »Ehrenmorde« oder ein Verbot von Minaretten. Dazu kommen geschürte Ängste vor einem »Aussterben der Einheimischen«, der »Außensteuerung« von Moscheegemeinden, der Gefahren von »Parallelgesellschaften«, eine vermeintlich stärkere Gewaltbereitschaft von Muslimen und die Gefahr der Ausbreitung von Extremismus.

3. Religiöser Extremismus: Terror, der vermeintlich im Namen des Islams ausgeübt wird, ist medial fast täglich über Bilder aus Afghanistan, arabischen oder gelegentlich auch westlichen Ländern gegenwärtig. Ängste vor dem Daesh, dem sogenannten »Islamischen Staat«, nehmen vor allem nach dem Terror in Paris und Berlin auch in Deutschland weiter zu und verstärken den Eindruck, dass der Islam notwendig mit Gewalt und Unfrieden zusammenhängt, auch wenn Repräsentanten muslimischer Einrichtungen nicht aufhören, sich davon zu distanzieren. Auch wird immer wieder darauf hingewiesen, dass sich durch die Zuwanderung von Flüchtlingen aus Syrien die Zahl von religiösen Extremisten erhöhen würde.

4. Berichte des Verfassungsschutzes: Die jährlichen Berichte des Bundesamtes und der Landesämter für Verfassungsschutz haben seit langem hervorgehoben, dass es eine Zunahme des »Islamismus« in Deutschland gibt. Nachdem das durch Zahlen nicht mehr zu begründen ist wurde von einer ständigen Zunahme des »Salafismus« gesprochen. Dabei wird größtenteils ausgeblendet, dass sich die meisten als Salafisten bezeichnenden Muslime an der Zeit von Muhammad orientieren, religiöse Regeln streng beachten und unpolitisch sind. Sie stellen keine Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung dar. Das ist anders bei den extremistischen Salafisten, die zahlenmäßig zunehmen und als Gefährder eingestuft werden, aber insgesamt überschaubar sind. Hier sollte unterschieden werden, was leider nur selten erfolgt. Medien greifen diese Berichte häufig unkritisch auf und übertreiben sie noch.

5. Medien: Negative Darstellungen von Muslimen in den unterschiedlichen Medien sind wesentlich häufiger, bleiben stärker im Bewusstsein haften und bestätigen Vorur-

teile. Die verbreiteten positiven Erfahrungen des guten Zusammenlebens von Muslimen und Nicht-Muslimen werden kaum zu den guten Sendezeiten und auf den Titelseiten dargestellt. Gute Nachrichten sind – wie bei den meisten anderen Themen auch – keine Nachrichten.

6. Weitere Faktoren: Menschen aus muslimisch geprägten Ländern haben dort oftmals so schlimme Erfahrungen gemacht, dass sie diese Erinnerungen auf Deutschland übertragen, Vorurteile bestätigend aufgreifen und dadurch die öffentliche Debatte beeinflussen. Negative Einschätzungen werden auch durch Berichte über ablehnende Einstellungen gegenüber der Homosexualität verstärkt, einseitige Debatten über die Jugendkriminalität, unzureichende Informationen über die Leistungen islamischer Kultur in den Lehr- und Bildungsplänen, konkurrierende Wahrheitsansprüche der verschiedenen Religionen, die Stilisierung vorhandener religiöser Unterschiede zu unüberbrückbaren Gegensätzen, einem angeblichen Antagonismus von Islam und Moderne, Zwangsverheiratungen, die dem Islam zugeschrieben werden und vielem mehr.

Ursachen und Motive für ablehnende Einstellungen gegenüber Muslimen sind so massiv und erdrückend, dass es großer Anstrengungen bedarf, hiergegen etwas nachhaltig und erfolgreich zu tun. Mit kurzfristigen Erfolgen ist nicht zu rechnen. Es sollte im Gegenteil davon ausgegangen werden, dass ablehnende, rassistische und gewaltbereite Einstellungen in den nächsten Jahren weiter zunehmen.

3. ANTIMUSLIMISCHER RASSISMUS GEFÄHRDET DIE DEMOKRATIE

Eine Aufgabe von demokratischen und an Menschenrechten orientierten politischen Parteien ist es, sich für den sozialen Frieden einzusetzen und rassistischen Stimmungen nicht nachzugeben. Politisch Verantwortliche haben allerdings immer wieder die Tendenz, Vorurteile zu verstärken und für Wahlen zu instrumentalisieren. Dem muss auf breiter Ebene widersprochen werden. Erst dann lassen sich manche Politikerinnen und Politiker von derartigen Kampagnen abbringen.

Antimuslimische Einstellungen stärken rassistische Parteien wie die AfD. Rechtsextremen Parteien wird eher abgenommen, dass sie gegen Muslime vorgehen. Sie wollen über die Ablehnung von Muslimen, Flüchtlingen, Roma oder auch Juden die Demokratie und Menschenrechte einschränken sowie antieuropäische Emotionen verstärken. Der antimuslimische Rassismus gefährdet die Demokratie. Europaweit und in den USA ist gegenwärtig zu beobachten, wie rechtsextreme und nationalistische Parteien bei Wahlen erfolgreich sind. Sie stützen sich dabei vor allem auf den antimuslimischen Rassismus, die Ablehnung von Flüchtlingen, Roma und Europa.

Muslimfeindliche Einstellungen sind auch Türöffner für diverse weitere Formen von Diskriminierung. Hier trägt der Staat eine besondere Verantwortung, da ihm aufgrund verfassungsrechtlicher und völkerrechtlicher Vorgaben eine Garantenfunktion für die Menschenrechte und damit auch die Durchsetzung des menschenrechtlichen Diskriminierungsverbotes zukommt. Der Staat ist infolgedessen gefordert, gegen Diskriminierungen aktiv vorzugehen und

dazu beizutragen, dass deren gesellschaftliche Ursachen überwunden werden. Er hat dabei mit gesellschaftlichen Einrichtungen zu kooperieren. Religionsgemeinschaften wie Bildungsträger, Arbeitgeber wie Gewerkschaften, Kultur und Sport haben dies als Verpflichtung aufzugreifen. In Deutschland besteht hier ein großer Nachholbedarf.

4. KOOPERATIONEN MIT MUSLIMEN

Ein entscheidende Ansatz zur Überwindung von antimuslimischem Rassismus sind Kooperationen mit Muslimen. Ohne das organisierte Miteinander zwischen Mehrheitsgesellschaft und muslimischen Einrichtungen werden Bemühungen nur wenig Erfolg haben. Erst durch den Aufbau entsprechender Kooperationen kann die komplexe Vielfalt unterschiedlicher sozialer, ethnischer und religiöser Gruppierungen verstanden werden. Muslime sollten in politischen, gesellschaftlichen und sozialen Lebensbereichen als gleichberechtigte Partner mitwirken. So gewinnen sie eine für den Einzelnen erfahrbare Präsenz und werden nicht mehr als »die Anderen«, als eine »einheitliche Gruppe« angesehen. Sie sind genauso vielfältig wie die nichtmuslimische Bevölkerung.

Qualifiziert vorbereitete Besuche von Kirchen, Moscheen und Synagogen sollten während der Schulzeit erfolgen. Wenn möglich sind auch Cem-Häuser und Tempel zu besuchen. Damit können Schwellenängste überwunden und authentische Kontakte entwickelt werden. Für viele Kinder und Jugendliche ist die religiöse Vielfalt etwas Normales – und nicht etwas Fremdes oder gar Bedrohliches. Religiöse Gemeinden erhalten Impulse durch junge Menschen und Lehrende unterrichten durch solche Besuche nicht nur theoretisch über Religionen.

In diesem Zusammenhang kommt dem Aufbau muslimischer Wohlfahrts-Strukturen eine Schlüsselfunktion zu. Das Ziel gleichberechtigter gesellschaftlicher Partizipation und Teilhabe von Muslimen erfordert einen Rollenwechsel: Die passiven Empfänger von Angeboten haben zu Anbietern von kultur- und religionssensiblen sozialen

Dienstleistungen zu werden. Dabei ist die partnerschaftliche Konkurrenz durchaus begrüßenswert: Vom lokalen muslimischen Elternverein zum Aufbau einer Kita vor Ort bis hin zum Wohlfahrtsverband der Muslime in Deutschland. Sozialarbeit kann dabei auch durch Angehörige anderer Religionen erfolgen.

Besonders dringlichen Bedarf gibt es vor allem im Bereich der frühkindlichen Pädagogik (Kindertagesstätten), der Schulsozialarbeit, der Jugendhilfe und der Familienhilfe. Gerade die Absolventinnen und Absolventen der Islamischen Theologie an deutschen Hochschulen stellen hier eine wissenschaftliche und personelle Ressource von unschätzbarem Wert dar, den es für diese Aufgaben zu nutzen gilt. Bewährte zeitlich befristete Projekte sollten zu öffentlich geförderten Regelangeboten werden.

5. DIE ZIVILGESELLSCHAFT IST GEFORDERT

1. Inhaltliche Kooperationen sind auszubauen und zu entwickeln. Gemeinsame Projekte sollten sich thematisch nicht auf Islamthemen beschränken und Menschen anderen Glaubens und ohne Religion einbeziehen. Kooperationen zum Naturschutz, zur antirassistischen Arbeit oder zur Friedensarbeit, in Bürgerinitiativen oder Vereinen haben sich bewährt. Dazu gehören Runde Tische, Stadtteilinitiativen oder Kulturvereine, die miteinander vernetzt sind und öffentlichen Einfluss haben. Durch solche Kooperationen können Verbindungen entstehen, die auch in Krisenzeiten aktivierbar sind.

2. Religiöse Partnerschaften sind wichtig. Wo sie noch nicht existieren sind Religiöse oder Interreligiöse Räte, Runde Tische der Religionen, Abrahamische Lehrhäuser oder Abrahamische Teams aufzubauen. Einrichtungen wie Islamforen oder die Deutsche Islam Konferenz waren in einer Phase entscheidend, in der allgemein bestritten wurde, dass Dialoge mit Muslimen überhaupt möglich sind. Diese Gremien sind weiterhin für die Bearbeitung spezieller Fachthemen wie die Sozialarbeit oder den innermuslimischen Dialog von Bedeutung. Grundsätzlich gehört es inzwischen zur Normalität, dass Muslime in Deutschland nicht nur in Abrahamischen Teams kooperieren, sondern auch mit anderen Religionen und mit Menschen ohne Religion.

3. Der Verfassungsschutz ist zu beobachten. Von ihm werden immer noch muslimische Einrichtungen in den Berichten erwähnt, die keine Gefahr für die freiheitlich demokratische Grundordnung sind. Dazu gehören die

Muslimische Jugend in Deutschland – MJD – oder die Islamische Gemeinschaft Millî Görüş – IGMG. Nach den Kriterien des Verfassungsschutzes ist seit Jahren von einer Abnahme der »Islamisten« zu sprechen, was inzwischen auch einige Verfassungsschutzämter tun. Der Verfassungsschutz hat weiterhin wichtige Aufgaben bei der Beobachtung von gewaltbereiten Extremisten oder »Gefährdern«, die z.B. den Daesh unterstützen, den sogenannten Islamischen Staat.

4. Diskriminierungen von Muslimen entgegenreten.

Hierfür sind regionale und überregionale Antidiskriminierungsstellen auf- und auszubauen. Zu ihren Aufgaben sollte es gehören, Benachteiligungen von Muslimen im alltäglichen Leben, sowie am Arbeitsplatz, in Schulen und Universitäten, in Medien und bei der Wohnungssuche oder tätliche Angriffe auf Moscheen und andere antimuslimische Straftaten zu dokumentieren und ein Beschwerde- und Clearingmanagement zu ermöglichen. Diese Antidiskriminierungsstellen sind mit mehrsprachigen Personen zu besetzen, um den Betroffenen möglichst niedrigschwellige Zugänge zu ermöglichen.

5. Medienpartnerschaften und eigene Medienprogramme sind auf- und auszubauen.

Antimuslimische Blogs im Internet sind mit ihrem Hass und Rassismus kritisch zu analysieren. Bei Rechtsverstößen ist gegen sie vorzugehen. Zu verstärken sind positive Beispiele wie der Mediendienst Integration oder das Institut für Medienverantwortung. Natürlich ist es medial interessanter und für Quoten ergiebiger, Konflikte mit Muslimen darzustellen. Das muss jedoch in einem ausgewogenen Verhältnis zu den viel häufigeren positiven Beispielen stehen, bei denen es ein gutes Miteinander gibt.

Darüber hinaus muss nach Möglichkeiten gesucht werden, um auch Angebote von Migranten für Migranten in öffentlich-rechtlichen Medien zu schaffen. Es darf nicht akzeptiert werden, dass Menschen mit Migrationsgeschichte Rundfunkgebühren bezahlen, aber in der Gestaltung von Rundfunk- und Radioprogrammen praktisch keine Rolle spielen. Gerade solche, zum Teil muttersprachliche Programme sind eine bisher sträflich ungenutzte Möglichkeit, Menschen mit Migrationsgeschichte – und darunter auch Muslime – über eine Vielzahl wichtiger Themen zu informieren: Von Sprachförderung und Bildungsbeteiligung, über Diskriminierung und Rechte, bis zu Themen aus Politik und Gesellschaft. Dies würde der vielbeschworenen gesellschaftlichen Vielfalt endlich auch die notwendige mediale Präsenz geben, Informationsflüsse für notwendigen Dialog ermöglichen und Integration durch Partizipation und Teilhabe befördern. Angesichts der Zuwanderung von arabisch sprachigen Flüchtlingen sind solche Angebote besonders dringlich.

6. Anschläge auf Moscheen, Synagogen oder Flüchtlingsheime sollten breite Solidarisierungen vor Ort auslösen.

Solche Anschläge erfolgen ja in der Erwartung, dass sie von der Mehrheit der Bevölkerung mitgetragen werden. Wichtig ist es, wenn die Gewalttäter erfahren, dass sich die große Mehrheit der Bevölkerung öffentlich mit den Angegriffenen solidarisiert. Sicher gibt es auch Orte wie bei den Dresdner Pegida-Demonstrationen gegen die »Islamisierung des Abendlandes«, wo solche Solidarisierungen in der Minderheit bleiben. Dann ist es entscheidend, daran zu arbeiten und deutlich zu machen, dass die große Mehrheit der Bevölkerung und ihrer Institutionen für ein friedliches Miteinander mit Muslimen, Juden, Roma oder Flüchtlingen öffentlich eintritt. In Dresden erfolgt dafür inzwischen ein beispielhaftes Engagement.

7. Netzwerke aus- und aufbauen, die sich öffentlich für ein friedliches Miteinander einsetzen. Rechtsextremisten und andere fanatische Muslimhasser sind in sozialen Netzwerken aktiv und vermitteln den Eindruck, dass sie Mehrheiten in der öffentlichen Debatte hinter sich haben. Rechtsextreme und rechtspopulistische Gewalttäter sind zu isolieren. Es ist sichtbar zu machen, dass die große Mehrheit der Bevölkerung für ein gutes Miteinander eintritt. Netzwerke in Kooperation mit demokratischen gesellschaftlichen Einrichtungen haben dafür eine große Bedeutung. Dieses Engagement kann öffentlich besonders in Erscheinung treten bei den jährlich über 5.000 Veranstaltungen zu den Interkulturellen Wochen Ende September, den über 1.000 Angeboten zu Besuchen am Tag der offenen Moschee am 3. Oktober jeden Jahres, den Wochen der Brüderlichkeit Anfang März, den über 1.500 Veranstaltungen bei den Internationalen Wochen gegen Rassismus um den 21. März oder dem jährlichen Roma-Tag am 8. April.

6. MUSLIME SIND AKTIV

Kooperationen von Muslimen und Nichtmuslimen nehmen laufend zu und werden selbstverständlich. Einige Beispiele und Anregungen seien hier genannt:

■ **Die Partizipation** von Muslimen in der Gesellschaft wird ausgebaut: Vielerorts gibt es eine aktive Mitarbeit in der Politik und in kommunalen und zivilgesellschaftlichen Organisationen und Gremien, wie z.B. bei Elternvertretungen in Kindergärten, Schulen, bei Sportvereinen und Feuerwehren.

■ **»Muslime laden ein«** – damit kann zum Abbau von Vorurteilen beigetragen werden. Dazu gehören Tage der Offenen Moschee am 3. Oktober, Veranstaltungen zu den Internationalen Wochen gegen Rassismus im März, Einladungen zu Iftar-Abenden, die im Monat Ramadan an immer mehr Orten öffentlich mit teilweise tausenden Teilnehmenden durchgeführt werden. Immer häufiger gibt es Ramadan-Zelte oder Abrahamsfeste sowie Einladungen zu Tee-Parties in Familien.

■ **Im Koordinationsrat der Muslime** in Deutschland (KRM) haben sich vier große muslimische Gemeinschaften zusammengeschlossen. In der Deutschen Islam Konferenz (DIK) sind acht Verbände vertreten. Darüber hinaus gibt es Überlegungen für eine engere Kooperation der vielen anderen muslimischen Gruppierungen wie der Liberalen Muslime, der Muslimischen Jugend in Deutschland (MJD), muslimischer Frauenvereinigungen und andere, die mit dem Deutschen Islamforum zusammenarbeiten. Beispielhaft ist auch das bundesweite Projekt »Moscheen fördern Flüchtlinge«, in dem unterschiedliche

muslimische Einrichtungen zusammenarbeiten. Genauso wie bei Christen und Juden kann von Muslimen nicht erwartet werden, dass es nur einen Ansprechpartner gibt.

■ **Universitäten** mit islamischen Gelehrten haben eine große Bedeutung bei der Ausbildung von Islamischen Theologen und Religionslehrern. Sie sollten eine qualifizierende Rolle im Dialog mit der Gesellschaft und beim Aufbau von Strukturen sozialer Dienstleistungen spielen. Ihren wissenschaftlichen und personellen Ressourcen kommt dabei eine Schlüsselfunktion zu. Die vier großen bekenntnisorientierten Islamischen Theologiezentren entwickeln mit Zutun der Verbände eine neue Diskussionskultur auf akademischer Ebene. Gleichzeitig sollten sie dazu beitragen, dass Abhängigkeiten muslimischer Einrichtungen von den Herkunftsländern verringert werden.

■ **Kooperationen** wie beim Arbeitskreis »Religionen und Naturschutz« des Abrahamischen Forums mit neun Religionsgemeinschaften können an unterschiedlichen Orten zu verschiedenen Themen durchgeführt werden und öffentlich sichtbar machen, dass Muslime zur deutschen Gesellschaft gehören und mit anderen Religionsgemeinschaften zusammenarbeiten. Gemeinsam bauen sie gegenwärtig Religiöse Teams für die biologische Vielfalt auf und die Religiöse Naturschutzwoche Anfang September jeden Jahres.

■ **Die Frauenarbeit** ist teilweise schon hervorragend entwickelt; weiter zu qualifizieren ist vor allem die Jugendarbeit und die Sozialarbeit. Neben dem bisherigen Einsatz muttersprachlicher Imame für die ersten und zweiten Generationen von Gläubigen besteht ein dringender Bedarf für deutschsprachige Jugendimame und Jugendpädagogen für die dritten und vierten Generatio-

nen. Entsprechende Angebote, auch für Frauen (z.B. muslimische Frauenhäuser) und im Bereich religionssensibler Familienhilfe (z.B. Qualifikation muslimischer Pflegefamilien) könnten in Zusammenarbeit mit den Instituten für Islamische Theologie deutscher Universitäten entwickelt werden. Bei der Ahmadiyya Muslim Jamaat gibt es bereits ein erstes Frauenhaus und eine eigenständige Frauenorganisation mit 10.000 Frauen. Auch die IGMG verfügt über eine Frauenorganisation mit über 38.000 Mitgliedern, die europaweit in ihren Moscheegemeinden organisiert sind.

■ **Das Landesmodellprojekt »Hessische Muslime für Demokratie und Vielfalt!«** ist ein Beispiel für die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Universität, Gesellschaft und Religionsgemeinschaften, Studierenden der Islamischen Theologie und Jugendlichen der Moscheegemeinden vor Ort. Durch Angebote der interkulturellen politischen Bildung und Empowermentpädagogik wird jungen Muslimen die selbstbestimmte zivilgesellschaftliche Partizipation und Teilhabe ermöglicht. Ein Runder Tisch Junge Muslime in Hessen wird aufgebaut und ein entsprechender Jugendverband gegründet. Studentische Arbeitsgemeinschaften begleiten das Projekt und sorgen für den angestrebten Austausch von Wissenschaft und Praxis, um die Jugend- und Gemeindearbeit zu qualifizieren und zum Aufbau sozialer Dienstleistungen beizutragen.

NACHWORT

Der Interkulturelle Rat in Deutschland hat 2008 die Broschüre »Das Islambild verändern. Positionen zur Überwindung von Islamfeindlichkeit« erstellt, die in mehreren Auflagen veröffentlicht wurde. Die Debatte dazu wurde veröffentlicht in dem von Jürgen Micksch im Jahr 2009 herausgegebenen Buch »Antimuslimischer Rassismus. Konflikte als Chance«.

Am 29. April 2015 wurde im Deutschen Islamforum vorgeschlagen, diese Broschüre angesichts der inzwischen gemachten Erfahrungen weiterzuentwickeln. Dazu erfolgte ein Austausch in einer vom Deutschen Islamforum eingerichteten Arbeitsgruppe sowie mit Experten. In der Sitzung des Deutschen Islamforums am 16. November 2015 in Frankfurt am Main wurde diese Ausarbeitung besprochen und Anregungen aufgegriffen. Weitere Hinweise und Vorschläge erfolgten besonders durch Dunya Adigüzel, Dr. Yasar Bilgin, Marc Jacobsen, Yasmin Khurshid, Aiman Mazyek und Mehmet Şenel.

Die im Januar 2016 veröffentlichte 1. Auflage war bald vergriffen und wurde nachgedruckt. Das Deutsche Islamforum hat am 5. Dezember 2016 einen weiteren Nachdruck der Broschüre empfohlen. Dabei wurden Punkte überarbeitet, die teilweise intensive und kontroverse öffentliche Debatten ausgelöst hatten.

Auch weiterhin freuen wir uns über kritische Hinweise und Anregungen. Die Überwindung von antimuslimischem Rassismus ist ein Aufgabenbereich, mit dem sich unsere Gesellschaft noch lange zu befassen hat.

Jürgen Micksch

Geschäftsführender Vorstand der Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus

LITERATURHINWEISE

Iman Attia / Alexander Häusler / Yasemin Shooman,
Antimuslimischer Rassismus am rechten Rand,
86 Seiten, Münster 2014

Wolfgang Benz / Juliane Wetzel (Hg.), Antisemitismus
und radikaler Islamismus, 218 Seiten, Essen 2007

Stephan Bundschuh / Ansgar Drücker / Birgit Jagusch
(Hg.), Islamfeindlichkeit. Aspekte, Stimmen, Gegen-
strategien. Reader für Multiplikatoren in der Jugend-
und Bildungsarbeit, Düsseldorf 2012

Cerd-Bericht: [http://mediendienst-integration.de/-
artikel/cerd-berichterstattung-antirassismus-konvention-
2015.html](http://mediendienst-integration.de/-artikel/cerd-berichterstattung-antirassismus-konvention-2015.html)

DGB-Jugend: Blickpunkt – Antimuslimischer Rassismus,
www.dgb-jugend.de

Ilka Eickhof, Antimuslimischer Rassismus in Deutsch-
land, 123 Seiten, Berlin 2010

Kai Hafez / Sabrina Schmidt, Die Wahrnehmung des
Islams in Deutschland, 80 Seiten, Gütersloh 2015

Günther Jikeli, Antisemitismus und Diskriminierungs-
wahrnehmungen junger Muslime in Europa, Ergebnisse
einer Studie unter jungen muslimischen Männern,
342 Seiten, Essen 2012

Navid Kermani, Wer ist wir? Deutschland und seine
Muslime, 188 Seiten, München 2010

Inva Kuhn, Antimuslimischer Rassismus: auf Kreuzzug
für das Abendland, 110 Seiten, Köln 2015

Mediendienst Integration, Journalisten-Handbuch
zum Thema Islam, 164 Seiten, Berlin 2016

Jürgen Micksch, Interkulturelle Modelle gegen Rassis-
mus, 98 Seiten, Berlin 2014

Jürgen Micksch (Hg.), Antimuslimischer Rassismus.
Konflikte als Chance, 175 Seiten, Frankfurt/M. 2009

Jürgen Micksch / Yasmin Khurshid / Hubert Meisinger /
Andreas Mues (Hg.), Religionen und Naturschutz –
Gemeinsam für biologische Vielfalt, Bonn 2015

Yasemin Shooman, ... weil ihre Kultur so ist,
Narrative des antimuslimischen Rassismus, 256 Seiten,
Bielefeld 2014

Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus

64293 Darmstadt, Goebelstraße 21

Telefon 06151 - 33 99 71, Fax 06151 - 39 19 740

E-Mail: info@stiftung-gegen-rassismus.de

www.stiftung-gegen-rassismus.de

Vorstand: Dr. Jürgen Micksch (geschäftsführend),
Jagoda Marinić (Vorstandssprecherin)

Stiftungsrat: Dr. Theo Zwanziger (Vorsitz), Bundestags-
vizepräsidentin Claudia Roth (stellv. Vorsitzende),
Giovanni Pollice, Romani Rose

Die Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus ist vom Regierungspräsidium Darmstadt am 6. Mai 2014 unter dem Aktenzeichen | 13-25d 04/11-(11)-156 – als rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts anerkannt worden. Das Finanzamt Darmstadt hat die Stiftung unter der Steuernummer 07 250 48085 – V/602 als gemeinnützig anerkannt.

Weitere Exemplare der Broschüre können bei der Stiftung kostenlos angefordert werden. Unkostenpreis ab 20 Exemplaren € 0,50 pro Exemplar zuzüglich Versandkosten.

Spendenkonto der Stiftung: Evangelische Bank eG

IBAN: DE14 5206 0410 0004 1206 04

BIC: GENODEF1EK1

3. überarbeitete Auflage, Februar 2017



STIFTUNG

für die Internationalen Wochen

GEGEN RASSISMUS